59. Jahrgang No. 520

Berliner Volks-Zeitung

Abend-Ausgabe
Sonnabend, 4. November 1911

Abermals: Die Marokkoblamage.

Bülows Triumph.

Man schreibt uns:

Als Bethmann Hollweg Reichskanzler wurde, wußte Fürst Bülow, den die Konservativen gestürzt hatten, daß seine Feinde in ihr Verderben rannten. Dem fünften Kanzler, der als Ressortminister vielleicht nicht übel zu gebrauchen war, fehlte zum leitenden Mann alles: sein Mangel an Voraussicht, seine Ungeschicklichkeit in der Abfassung offiziöser Mitteilungen, sein Doktrinarismus sind fast schon sprichwörtlich geworden! Bülow wußte, daß es diesen Mann im Herzen zu den Konservativen hinzog (wenngleich er einem nationalliberalen Führer erklärte, daß er dessen Partei am nächsten stehe), und daß er deswegen ganz einseitig im Interesse der Ostelbier regieren würde. Was etwa an der „Reichsfinanzreform" noch gut war, das wurde wettgemacht durch die Politik der beiden letzten Jahre, durch die völlige Bankrotterklärung des Staates angesichts der gegenwärtigen Teuerung. Selbst Herr v. Heydebrand hat schon zugegeben, daß den Konservativen eine Niederlage drohe bei den nächsten Wahlen — Herr v. Bethmann ahnt es noch nicht. Er tut sein Möglichstes, um seine geringen Aussichten noch zu verschlechtern.

Er wird es nicht mehr lange machen. Lindequists Rücktritt ist der Anfang vom Ende. Es ist die denkbar schärfste Kritik an der Haltung des Reichskanzlers und Kiderlen-Waechters in der Marokkofrage. Er rechtfertigt die Kritik der ganzen deutschen Presse an der Führung unserer auswärtigen Politik — er ist ein Vorbote des Erfolges des Großblocks bei den Wahlen am 12. Januar. Lindequist ist als ein aufrechter Mann geschieden, ein würdiger Nachfolger Dernburgs, der auch mit der Politik Bethmanns nichts mehr zu tun haben wollte. Er trat zurück wegen der inneren Politik, sein Nachfolger wegen der äußeren. Was also bleibt noch von Theobalds Herrlichkeit übrig? Nichts, gar nichts. Er darf es jetzt nicht mehr wagen, die Presse zurecht zu weisen, daß sie von Politik nichts verstehe, denn, zwei Männer seiner eigenen Regierung haben ihm in Uebereinstimmung mit der überwältigenden Mehrheit des deutschen Volkes erklärt, daß sie seine Politik für unheilvoll und gefährlich halten. Das ist noch keinem Kanzler zuvor passiert. Aber diese Tatsache gewährt die Gewißheit, daß Bethmann Hollwegs Regierungszeit ihrem Ende nahe ist. Es gilt nur noch, das Siegel unter Dernburgs und Lindequists Taten zu setzen — am 12. Januar.

Im Schoße der Regierung selbst ist man empört über den Afrikavertrag. Wir wissen aus sicherster Quelle, daß der neu ernannte Unterstaatssekretär Conze die Meinung Lindequists über das Danaergeschenk am Kongo teilt. Das wäre nach Lindequist und Geheimrat v. Dankelmann bereits der dritte im Kolonialamt, der die Politik Bethmanns und Kiderlens desavouiert.

Der vierte Kanzler triumphiert über den fünften.

Ungenügende Diplomaten.

Von anderer Seite wird uns geschrieben:

Das Marokko-Abkommen ist fertig, und man kann den Hergang überblicken. Man kann auch auf die Fehler hinweisen, die gemacht worden sind.

Daß das Ergebnis nicht befriedigt, dafür herrscht in weiten deutschen Kreisen nur eine Empfindung. Wahrscheinlich auch an maßgebender Stelle. Herr v. Kiderlen wollte mit der Entsendung des Schiffes nach Agadir eine Aktion einleiten, die Deutschland zum Ruhme gereichen sollte. Daß er ein Stück Marokko gewinnen würde, wird er nicht ohne weiteres gehofft haben. Aber er wollte dafür, daß die Franzosen infolge des Zuges nach Fez Miene machten, sich häuslich in Marokko einzurichten, eine „vollwertige" Entschädigung verlangen.

Die Entsendung des „Panther" war ein scharfes Zwangsmittel. Ob es sehr geschickt war, sei dahingestellt. Auf jeden Fall hatten die Franzosen auf freundschaftliche Vorstellungen während des Zuges nach Fez nicht gehört und ausweichend geantwortet. Infolge dessen mußte eine kräftigere Sprache gesprochen werden.

Die Franzosen glaubten an Krieg. Sie waren überrascht und nahmen an, Deutschland suche eine Gelegenheit, sie zu überfallen. Diese Kriegsfurcht, die anfangs die Verhandlungen sehr erschwerte, war eine Tatsache, und es beweist nicht gerade besonderes Geschick der Diplomaten, wenn man so mißverstanden wird. Denn Herr v. Kiderlen dachte nicht an Krieg, ebensowenig wie der Kanzler oder der Kaiser.

Doch das Bedenkliche war das Eingreifen Englands. Frankreich wandte sich hilfesuchend an England und England stellte sich in einer Weise schützend vor Frankreich, die einer Kriegsdrohung ähnlich sah. Hier liegt ein offenes Verschulden des deutschen Botschafters, des Grafen Wolff Metternich vor.

Frankreich unterrichtete sofort seine Freunde Rußland und England und beriet mit ihnen, wie es sich zu dem Eingreifen Deutschlands in Marokko stellen sollte. Was hatte Deutschland getan? Hatte Deutschland England mitgeteilt, daß es durchaus friedliche Absichten in Marokko hege? Einen Schritt wie den in Agadir unternimmt man nicht, ohne vorher zu sondieren. Man wußte von früher her, wie empfindlich England sich zu Deutschlands Vorgehen in Marokko stellte. Da muß man nun leider feststellen, daß hier der deutsche Botschafter in London nicht auf dem Posten gewesen ist. Er hat nach Berlin berichtet, daß man in London nichts dagegen habe, daß Deutschland einen starken Druck auf Frankreich ausübe, zu einer Auseinandersetzung über den Algecirasvertrag. Er hatte den bestimmten Auftrag, sich darüber zu vergewissern, wie man einen Schritt, wie die Entsendung des Panther, der aber nur eine diplomatische Bedeutung haben sollte, in London aufnehmen würde.

Jedenfalls war man in Berlin entsetzt, als man sah, daß der Gang nach Agadir beim Londoner Kabinett in dem entgegengesetzten Sinne aufgenommen wurde, als Graf Wolff Metternich berichtet hatte. Jetzt, sagte man in der ersten Aufregung, ist es mit dem Botschafter Matthäi am letzten. Und tatsächlich herrschte lange Zeit das gespannteste Verhältnis zwischen Kiderlen und dem Londoner Botschafter. Ueber die Rede von Lloyd George verlor Wolff Metternich förmlich die Fassung.

Es ist ja nicht das erste Mal, daß man in Berlin vom Londoner Posten in Stich gelassen worden ist. Als der Kaiser im März 1905 in Tanger landete, war man ebenfalls von London ganz falsch unterrichtet worden. Wolff Metternich hatte dem Kaiser noch bis zu seinem Eintreffen in Lissabon gemeldet, in London wäre man mit einer Landung des Kaisers in Marokko im geheimen einverstanden. Der Kaiser war dann noch am Tage der Landung unschlüssig, ob er landen solle oder nicht. Er traute wohl den Berichten Metternichs nicht völlig. Das Entsetzen über die Wirkung der Tangerer Kaiserrede auf England sollte auch damals nicht lange ausbleiben.

Das ganze Verhältnis Deutschlands zu England wäre sicher besser, wenn die deutsche Regierung einen fähigeren Mann in London besäße. Einen Mann, der weniger auf aristokratische Gepflogenheiten Wert legte, als auf Fühlung mit den politischen Kreisen; einen Mann, der die Volksstimmung studierte und sie zu beeinflussen suchte.

Im Reichstag sollte man keine Rücksicht nehmen. Die Schwächen des Grafen Metternich sind hier nicht ganz unbekannt. Der Reichstag hat die Pflicht, darauf zu halten, daß das Reich im Ausland gut vertreten ist. Deutschland muß die tüchtigsten Männer auf die verantwortungsvollsten Posten stellen. Es war sehr betrüblich, daß die deutsche Regierung diesmal vom Ausbruch des tripolitanischen Krieges wieder genau so überrascht worden ist wie seinerzeit, als Japan Rußland den Krieg erklärte. Das sind Dinge, die nicht vorkommen dürfen.

Marokko und Kongo.

Die deutschen Offiziösen sind eifrig an der Arbeit, dem deutschen Volke den Kongoerwerb so mundgerecht wie möglich zu machen. Ein langes und breites wird erzählt von Kautschuk, Elfenbein, afrikanischen Nutzhölzern, Baumwolle und ähnlichen Schätzen des Mohrenlandes; aber es muß zugegeben werden, daß das alles Wechsel auf die Zukunft sind, und daß die französische Kongokolonie sich gegenwärtig in einem Zustande größter Verwahrlosung befindet. Das abgetretene Gesamtgebiet beträgt, wie die „Köln. Ztg." bemerkt, ungefähr 230 000 Quadratkilometer mit einer Bevölkerung, die man über 600 000 und weniger als eine Million Seelen einschätzt. Der Frankreich abgetretene Teil des Entenschnabels umfaßt ungefähr 14 000 Quadratkilometer. Die neue Grenzabmessung wird durch eine französisch-deutsche Kommission binnen sechs Monaten nach Bestätigung des Vertrags in Angriff genommen werden. Hinsichtlich der Konzessionsgesellschaften bestimmt der Vertrag, daß Deutschland hierfür in alle Rechte, Vorteile und Verpflichtungen Frankreichs eintritt. Die Gesellschaften gehen einfach unter die Souveränität und Gerichtsbarkeit des Deutschen Reiches über. Frankreich erhält das Recht, durch das deutsche Gebiet eine Eisenbahn zwischen Gabun und dem mittleren Kongo und Ubangi-Schari zu bauen. Enklaven von 50 Hektar werden Frankreich in die Lage setzen, am Benue, am Mayo Kebbi und in der Richtung auf den Longone Verproviantierungsposten einzurichten. An dem der gemeinsamen Schiffahrt vorbehaltenen Flußlauf dürfen keine Befestigungen angelegt werden. Die französischen und deutschen Truppen dürfen für den Durchzug über das Gebiet des andern in keiner Weise behindert werden. Auch für die Ausführung eines Kongovertrags wird im Falle von Schwierigkeiten der Schiedsgerichtshof vom Haag die Entscheidung treffen.

Die Grenzregulierung zwischen Togoland und Dahomey ist vorläufig aufgegeben.

Das Gebiet, das etwa halb so groß ist wie das Deutsche Reich, wird viel Kapital und Arbeitskraft verschlingen, ehe es ertragsfähig gemacht werden kann.

Das französische Echo.

Man ist in Frankreich mit dem Tausch sehr zufrieden, und wo sich in der französischen Presse Bedenken zeigen, da geschieht es nach dem Grundsatze: „Man so dun"; denn die Franzosen wären sehr töricht, wollten sie ihre Freude über das gute Geschäft offen zeigen. Die französischen Morgenblätter zeigen sich, wie uns ein Privat-Telegramm aus Paris meldet, im ganzen von dem Abschluß der Verhandlungen sehr befriedigt. Man erkennt allgemein den Ausgang als einen Sieg der französischen Diplomatie an und glaubt, daß die Opfer, die man an territorialen Gebieten am Kongo bringen mußte, zwar schmerzlich sind, aber gegenüber dem, was in Marokko erreicht wurde, ohnegleichen dastehen. Uns wird telegraphisch berichtet:

Paris, 4. November.

„Eclair" schreibt: Das französische Publikum wird mit Befriedigung erfahren, daß das Abkommen nunmehr unterzeichnet werden wird. Darauf wird sich aber zweifellos die ganze Befriedigung beschränken. Namentlich von radikalen Blättern wird mit Nachdruck die Bedeutung des Abkommens für den Frieden betont. „Rappel" führt aus: Wir sind vor allem darüber glücklich, daß die marokkanische Angelegenheit, die so lange einen Krieg zu entfesseln drohte, zwischen beiden großen Völkern den Anlaß zu einer friedlichen Regelung gab, die das Vorspiel für ein fruchtbares und dauerndes Einvernehmen bildet. Jaurès schreibt in der „Humanité": Das Beste an dem Vertrag ist, daß er zum mindesten auf einige Zeit der französisch-deutschen Spannung ein Ende macht. Er ist überhaupt nur etwas wert, wenn er die Einleitung zu einer dauernden, stetigen Politik der Versöhnung, des Einvernehmens und der Herzlichkeit zwischen Frankreich und Deutschland darstellt. Die der Regierung nahestehenden Blätter erklären, daß der Vertrag für Frankreich vorteilhaft sei, und daß man den französischen Staatsmännern, die ihn unter so erfreulichen Bedingungen abgeschlossen hätten, Dank schulde.

Der ehemalige Minister des Aeußern Hanotaux spricht sich in einer heute erschienenen Wochenschrift dahin aus, daß das Uebereinkommen für beide Teile, sowohl für Deutschland wie für Frankreich, nicht gerade glücklich sei. Es sei garnichts erreicht worden. Falsche Vorstellungen mache man sich von der Befriedigung beider Völker. Es bleiben Schwierigkeiten übrig, die absolut nicht gelöst sind, und wenn auch das Schiedsgericht im Haag die letzte Instanz sein soll, vor der die Schwierigkeiten geregelt werden würden, so liegt eben darin, daß solche Schwierigkeiten überhaupt noch entstehen können, von seiten der Diplomaten schon eine Bewertung des Vertrages, zu der jeder Kommentar überflüssig ist.

Daß im übrigen das offiziöse deutsche Telegraphenbureau vorwiegend solche französischen Preßstimmen veröffentlicht, durch die die deutschen „Erfolge" in das beste Licht gestellt werden, leuchtet ein.

Der Eindruck in England.

London, 4. November.

Ein großer Teil der Presse bespricht den Abschluß der Berliner Verhandlungen. „Daily Chronicle" beglückwünscht beide Teile zum Abschluß des annehmbaren Vergleichs. Außenstehende hätten den Eindruck, daß beide Mächte gut abgeschnitten hätten. Das Blatt bespricht die Haltung Englands, die durch Vertragspflichten vom Jahre 1904 begründet war. Aber England habe in der Marokkofrage keine Schwierigkeiten gemacht und nicht den Störenfried gespielt. „Daily Graphic" schreibt: Keine Partei hätte ohne Kampf bessere Bedingungen erhalten können. Die „Times" begrüßen die Lösung, die beide Regierungen befriedigend finden, um so mehr, als sie beweise, daß die englische Regierung die Lösung nicht zu verhindern suchte. „Morning Post" betont den Wert der kolonialen Erwerbung Deutschlands für den Bezug von Rohstoffen und als Absatzmarkt für die Industrie. Die Bedeutung tropischer Besitzungen werde gegenwärtig besser gewürdigt. Deutschland habe durch den Rückgang der Auswanderungen jetzt kein wirkliches Bedürfnis nach Siedelungskolonien.

Was man in Spanien und Italien sagt.

Madrid, 4. November.

Die Madrider Zeitungen nehmen zwar das deutsch-französische Abkommen mit einer gewissen Freude auf, können sich andererseits aber nicht verbergen, daß jetzt für Spanien eine böse Zeit beginnt, denn es müsse die Bitternisse durchkosten, die Frankreich und Deutschland durchgemacht haben, die Bitternisse von langwierigen Verhandlungen mit Frankreich.

Rom, 4. November.

Alle Zeitungen besprechen in langen Artikeln das deutsch-französische Uebereinkommen. Die offiziöse „Tribuna" beglückwünscht sich, daß die arbeitsamen Unterhandlungen der deutschen und französischen Diplomatie endlich dahin geführt haben, eine gefährliche Wolke von Komplikationen endlich verschwinden zu lassen und die Möglichkeit neuer freundschaftlicher Beziehungen zwischen Frankreich und Deutschland herbeizuführen.

Die Marokkointerpellationen

werden, wie bestimmt verlautet, im Reichstage am nächsten Mittwoch zur Verhandlung kommen. Der Reichskanzler wird zu Beginn der Sitzung sofort das Wort ergreifen, um die Interpellationen zu beantworten. Erst nach dem Reichskanzler werden die einzelnen Parteien, die die Interpellationen gestellt haben, es sind die bekannten fünf großen Fraktionen des Reichstags, Stellung zur Marokkofrage nehmen. Es wird diesmal von dem Brauche, erst die Begründer der Interpellationen sprechen zu lassen, Abstand genommen werden, weil durch die Begründung der Interpellation allein eine ganze Sitzung in Anspruch genommen werden würde. Für die Beratung der Marokkointerpellationen sind drei Tage in Aussicht genommen. Ueber die tripolitanische Frage und die chinesischen Unruhen, die in den Interpellationen ebenfalls berührt werden, wird der Reichskanzler nur eine kurze Auskunft geben, da